Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 11014 Berlin

Frau
Gökay Akbulut, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117
FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 17. Oktober 2018

BETREFF **Ihre Frage 49 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2018**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die von Ihnen gestellte Frage übersende ich die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Marco Wanderwitz

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof
Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Fragestunde im Deutschen Bundestag am 17. Oktober 2018
Frage 49 der Abgeordneten Gökay Akbulut

Frage:
Wann gedenkt die Bundesregierung die Vereinbarung zwischen Griechenland und Deutschland, die seit dem 18. August 2018 wirksam ist, welche unter anderem eine konkrete Regelung zu Fällen von Familienzusammenführung nach der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 beinhaltet (vgl. meine schriftliche Frage 9/237 und 9/308), dem Bundestag zuzuleiten, und wann werden die Verhandlungen mit Italien bezüglich einer ähnlichen Vereinbarung voraussichtlich abgeschlossen sein?

Antwort:
Die sogenannten Zurückweisungsabsprachen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat mit dem Innenministerium des Königreichs Spanien sowie mit dem griechischen Migrationsministerium stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über eine ähnliche Absprache mit dem Innenministerium Italiens. Die Herausgabe der getroffenen Absprachen mit Spanien und Griechenland könnten insbesondere den Ausgang der Verhandlungen mit Italien beeinträchtigen. Daher sehen wir derzeit von einer Übersendung der Absprachen ab.
Die Unterzeichnung der bilateralen Rahmenabsprache des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat mit dem italienischen Innenministerium über ein gemeinsames Handeln zur Migrationssteuerung auf See und Eindämmung der Sekundärmigration, die auf Arbeitsebene bereits finalisiert wurde, hängt derzeit noch von der abschließenden politischen Zustimmung der italienischen Seite ab.